

# ARTIVION™

## RICHTLINIE ZUM INSIDERHANDEL UND RICHTLINIEN FÜR BESTIMMTE WERTPAPIERGESCHÄFTE

Verabschiedet vom Verwaltungsrat am 5. August 2026

### ZUSAMMENFASSUNG

#### ***Insiderhandel –***

- (a) Es verstößt gegen US-amerikanisches Recht, wenn Mitglieder des Verwaltungsrats, Führungskräfte, Mitarbeiter und andere Personen, die über wesentliche nicht öffentliche Informationen über Artivion, Inc. (zusammen mit ihren Tochtergesellschaften das „Unternehmen“) oder über wesentliche nicht öffentliche Informationen verfügen, die im Rahmen ihrer Tätigkeit für das Unternehmen über andere Organisationen erlangt wurden, auf der Grundlage dieser Informationen Wertpapiergeschäfte tätigen.
- (b) Die Tatsache, dass die Person die Informationen nicht für die Zwecke der Transaktion „genutzt“ hat, stellt keine Rechtfertigung dar.
- (c) Alle Vorstandsmitglieder, Führungskräfte und Mitarbeiter, die auf der Insiderliste des Unternehmens stehen, sind verpflichtet, alle Transaktionen mit Wertpapieren des Unternehmens vorab genehmigen zu lassen.
- (d) Sowohl (1) die Weitergabe solcher Informationen an Dritte, die daraufhin Transaktionen auf der Grundlage dieser Informationen durchführen, als auch (2) das Abgeben von Empfehlungen oder das Äußern von Meinungen zu Transaktionen, während man im Besitz solcher Informationen ist, sind ebenfalls rechtswidrig. Sowohl die Person, die die Informationen oder Empfehlungen weitergibt, als auch die Person, die darauf reagiert, kann rechtlich haftbar gemacht werden.
- (e) Sie sind verpflichtet, Verstöße oder vermutete Verstöße gegen diese Richtlinie dem General Counsel und Chief Compliance Officer des Unternehmens oder dessen Nachfolger bzw. Beauftragten (dem „**General Counsel**“) zu melden.

#### ***Handelssperrfristen –***

- (a) In Zeiträumen, in denen die Wahrscheinlichkeit erhöht ist, dass Mitarbeiter des Unternehmens über wesentliche nicht öffentliche Informationen verfügen, kann das Unternehmen eine Sperrfrist verhängen, während der es bestimmten Personen untersagt ist, Transaktionen mit Wertpapieren des Unternehmens durchzuführen, es sei denn, sie haben spezielle, von der SEC genehmigte Vereinbarungen getroffen.
- (b) Unabhängig davon, ob Sie Blackout-Zeiten unterliegen oder zu einem bestimmten Zeitpunkt einer solchen unterliegen, unterliegen Sie weiterhin den Verboten des Handels auf der Grundlage wesentlicher nicht öffentlicher Informationen sowie allen anderen geltenden Beschränkungen dieser Richtlinie.
- (c) Jede Person trägt die persönliche Verantwortung dafür, vor der Durchführung von Transaktionen mit Wertpapieren des Unternehmens zu prüfen, ob sie im Besitz wesentlicher nicht öffentlicher Informationen ist.

***Sonstige Beschränkungen und Anforderungen*** – Eine Vielzahl weiterer Beschränkungen für Wertpapiertransaktionen und Meldepflichten sind in der folgenden Richtlinie und den Leitlinien geregelt.

*Bitte lesen Sie dieses Dokument vollständig durch, da die obige Zusammenfassung nicht den Anspruch erhebt, alle verbotenen Verhaltensweisen abzudecken, und wenden Sie sich bei Fragen an den General Counsel oder einen Mitarbeiter der Rechtsabteilung.*

# ARTIVION™

## INHALTSVERZEICHNIS

|                                                                    | <u>Seite</u> |
|--------------------------------------------------------------------|--------------|
| EINLEITUNG .....                                                   | 2            |
| VON DIESER RICHTLINIE BETROFFENE PERSONEN UND TRANSAKTIONEN .....  | 4            |
| WESENTLICHE NICHT ÖFFENTLICHE INFORMATIONEN .....                  | 6            |
| RICHTLINIEN ZU WESENTLICHEN NICHT ÖFFENTLICHEN INFORMATIONEN ..... | 8            |
| HANDELSPERRZEITEN .....                                            | 10           |
| VORABGENEHMIGUNG VON GESCHÄFTEN .....                              | 12           |
| WEITERE EINSCHRÄNKUNGEN UND LEITLINIEN .....                       | 13           |
| BEGRENZTE AUSNAHMEN .....                                          | 15           |
| EINHALTUNG VON ABSCHNITT „16“ DES BÖRSENGESETZES .....             | 18           |
| WEITERE INFORMATIONEN .....                                        | 19           |

## EINLEITUNG

Artivion, Inc. (zusammen mit seinen Tochtergesellschaften das „Unternehmen“) untersagt die unbefugte Weitergabe nicht öffentlicher Informationen, die im Rahmen Ihrer Tätigkeit für das Unternehmen erlangt wurden, sowie den Missbrauch wesentlicher nicht öffentlicher Informationen beim Wertpapierhandel. Jegliche derartigen Handlungen gelten als Verstöße gegen diese Richtlinie zum Insiderhandel (die „Richtlinie“).

### Es bestehen gesetzliche Verbote gegen Insiderhandel

Die Betrugsbekämpfungsbestimmungen der US-amerikanischen Bundeswertpapiergesetze verbieten es Vorstandsmitgliedern, Führungskräften, Mitarbeitern und anderen Personen, die über wesentliche nicht öffentliche Informationen verfügen, auf der Grundlage dieser Informationen zu handeln. Nach diesen Gesetzen gelten Transaktionen im Allgemeinen als „auf der Grundlage“ wesentlicher nicht öffentlicher Informationen, wenn die an der Transaktion beteiligte Person zum Zeitpunkt der Transaktion Kenntnis von den wesentlichen nicht öffentlichen Informationen hatte, und es stellt keine Rechtfertigung dar, dass die Person die Informationen nicht für die Zwecke der Transaktion „genutzt“ hat.

Die direkte oder indirekte Weitergabe wesentlicher nicht öffentlicher Informationen an andere, die daraufhin auf der Grundlage dieser Informationen handeln, oder das Abgeben von Empfehlungen bzw. das Äußern von Meinungen zu Wertpapiergeschäften in Kenntnis wesentlicher nicht öffentlicher Informationen (was manchmal als „Tipping“ bezeichnet wird) ist ebenfalls rechtswidrig. Sowohl die Person, die die wesentlichen nicht öffentlichen Informationen, Empfehlungen oder Meinungen weitergibt, als auch die Person, die auf deren Grundlage handelt, kann haftbar gemacht werden.

Diese rechtswidrigen Handlungen werden gemeinhin als „**Insiderhandel**“ bezeichnet. Auch die Wertpapiergesetze der Bundesstaaten und die Wertpapiergesetze anderer Rechtsordnungen sehen Beschränkungen für den Insiderhandel vor.

Darüber hinaus können sowohl ein Unternehmen als auch einzelne Vorstandsmitglieder, Führungskräfte und andere Aufsichtsorgane als „**kontrollierende Personen**“ haftbar gemacht werden, wenn sie es versäumen, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um Insiderhandel durch Personen zu verhindern, die ihrer Aufsicht, ihrem Einfluss oder ihrer Kontrolle unterstehen.

### Behörden gehen bei der Aufdeckung und Verfolgung von Insiderhandel rigoros vor

Die US-Börsenaufsichtsbehörde (Securities and Exchange Commission, „SEC“), die Finanzaufsichtsbehörde („FINRA“) und die New Yorker Börse setzen hochentwickelte elektronische Überwachungstechniken ein, um Insiderhandel zu untersuchen und aufzudecken, und die SEC sowie das US-Justizministerium können Verstöße gegen Insiderhandelsvorschriften mit aller Härte verfolgen. Fälle, in denen es um den Handel über ausländische Konten, den Handel durch Familienangehörige und Freunde sowie den Handel mit nur einer geringen Anzahl von Aktien ging, wurden bereits erfolgreich strafrechtlich verfolgt.

### Verstöße gegen die Insiderhandelsgesetze und diese Richtlinie werden mit erheblichen Strafen geahndet

*Zivil- und strafrechtliche Sanktionen.* Zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Richtlinie können mögliche Sanktionen für Verstöße gegen Insiderhandelsvorschriften nach den US-Bundeswertpapiergesetzen Folgendes umfassen:

- Schadensersatz in einem zivilrechtlichen Verfahren;
- die Herausgabe erzielter Gewinne oder vermiedener Verluste;
- Freiheitsstrafen von bis zu 20 Jahren;
- Geldstrafen von bis zu 5 Millionen US-Dollar für Einzelpersonen und 25 Millionen US-Dollar für Unternehmen;
- zivilrechtliche Geldstrafen in Höhe von bis zum Dreifachen des erzielten Gewinns oder des vermiedenen Verlusts;

- ein Verbot, als leitender Angestellter oder Vorstandsmitglied eines börsennotierten Unternehmens tätig zu sein; und
- eine Unterlassungsverfügung gegen künftige Verstöße.

Zivil- und strafrechtliche Sanktionen gelten auch für die Weitergabe von Insiderinformationen. Die SEC hat in Fällen der Weitergabe von Insiderinformationen hohe Strafen verhängt, selbst wenn die Person, die die Informationen weitergegeben hat, selbst keinen Handel getätigt oder keinen Vorteil aus dem Handel einer anderen Person gezogen hat.

*Haftung der kontrollierenden Person.* Ab dem Datum des Inkrafttretens dieser Richtlinie beträgt die Strafe für die Haftung einer „kontrollierenden Person“ eine zivilrechtliche Geldstrafe von bis zu 1 Million US-Dollar oder dem Dreifachen des durch die Insiderhandelsverstöße erzielten Gewinns oder vermiedenen Verlusts, je nachdem, welcher Betrag höher ist, sowie mögliche strafrechtliche Geldstrafen und Freiheitsstrafen.

*Disziplinarmaßnahmen des Unternehmens.* Wenn das Unternehmen berechtigten Grund zu der Annahme hat, dass Sie gegen diese Richtlinie verstoßen haben, können Sie mit Disziplinarmaßnahmen des Unternehmens bis hin zur Kündigung aus wichtigem Grund rechnen, unabhängig davon, ob Ihr Verstoß gegen diese Richtlinie zu einem Rechtsverstoß führt oder nicht. Das Unternehmen ist nicht verpflichtet, die Einleitung oder den Abschluss eines zivil- oder strafrechtlichen Verfahrens gegen einen mutmaßlichen Rechtsverletzer abzuwarten, bevor es Disziplinarmaßnahmen gegen Sie ergreift. Darüber hinaus kann das Unternehmen dem Transferstelle des Unternehmens Anweisungen zur Sperrung von Übertragungen und sonstige Anweisungen erteilen, um die Einhaltung dieser Richtlinie durchzusetzen.

## **Fragen zu dieser Richtlinie**

Bitte richten Sie alle Fragen, Anfragen oder Meldungen zu den in dieser Richtlinie behandelten Themen an den General Counsel und Chief Compliance Officer des Unternehmens („**General** Counsel“) oder dessen Beauftragten. Der General Counsel ist grundsätzlich für die Umsetzung dieser Richtlinie verantwortlich und kann andere Personen zur Unterstützung bei der Umsetzung auswählen.

## **Sie sind verpflichtet, Verstöße zu melden**

Wie auch im Verhaltenskodex des Unternehmens dargelegt, liegt es in Ihrer Verantwortung, zur Durchsetzung dieser Richtlinie beizutragen. Sie sollten auf mögliche Verstöße achten und Verstöße oder vermutete Verstöße gegen diese Richtlinie unverzüglich dem General Counsel unter [compliance@artivion.com](mailto:compliance@artivion.com) oder über die anonyme Hotline des Unternehmens (855.845.3467 und <https://artivion.ethicspoint.com>) melden. Die Compliance-Hotline ist eine vertrauliche Hotline eines unabhängigen Drittanbieters, die rund um die Uhr an sieben Tagen in der Woche für Meldungen von Compliance-Verstößen zur Verfügung steht. Falls Ihre Situation es erfordert, dass Ihre Identität geheim gehalten wird, wird Ihre Anonymität so weit wie vernünftigerweise möglich gewahrt. Wenn Sie anonym bleiben möchten, senden Sie bitte einen Brief an den General Counsel, 1655 Roberts Blvd, N.W., Kennesaw, GA 30144. Wenn Sie eine anonyme Meldung machen, geben Sie bitte so viele Details wie möglich an, einschließlich aller Beweise, die Ihrer Meinung nach für den Sachverhalt relevant sein könnten.

Artivion duldet keinerlei Form von Vergeltungsmaßnahmen gegen Sie aufgrund einer Meldung, die Sie in gutem Glauben vornehmen. Eine Meldung in gutem Glauben bedeutet, dass Sie den Verdacht auf einen Verstoß hegen und dem Unternehmen alle Informationen, die Sie bezüglich der Situation für wahr halten, vollständig mitteilen. Jede Person, die im Namen des Unternehmens Vergeltungsmaßnahmen jeglicher Art gegen einen in gutem Glauben handelnden Hinweisgeber begeht oder duldet, muss mit Disziplinarmaßnahmen bis hin zur Kündigung gemäß den lokalen Gesetzen rechnen.

## **Sie sind persönlich für die Einhaltung dieser Richtlinie verantwortlich**

Die letztendliche Verantwortung für die Einhaltung dieser Richtlinie sowie der geltenden Gesetze und Vorschriften liegt bei Ihnen. Sie sollten stets nach bestem Wissen und Gewissen handeln und bei Bedarf Ihre Rechts- und Finanzberater konsultieren. Wir empfehlen Ihnen, bei Fragen jeglicher Art Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Die Vorschriften zum Insiderhandel können komplex sein, und ein Verstoß gegen die Insiderhandelsgesetze kann schwerwiegende Konsequenzen nach sich ziehen.

## **PERSONEN UND TRANSAKTIONEN, DIE UNTER DIESE RICHTLINIE ZUM „FALLEN**

### **Von dieser Richtlinie erfasste Personen**

Diese Richtlinie gilt für alle Vorstandsmitglieder, Führungskräfte, Mitarbeiter und Beauftragten (wie Berater und unabhängige Auftragnehmer) des Unternehmens. Verweise in dieser Richtlinie auf „Sie“ (sowie allgemeine Verweise auf Vorstandsmitglieder, Führungskräfte, Mitarbeiter und Beauftragte des Unternehmens) sind so zu verstehen, dass sie auch Ihre unmittelbaren Familienangehörigen, Personen, mit denen Sie einen Haushalt teilen, Personen, die wirtschaftlich von Ihnen abhängig sind, sowie alle anderen Personen oder Einrichtungen umfassen, deren Wertpapiergeschäfte Sie beeinflussen, lenken oder kontrollieren (einschließlich beispielsweise eines Venture- oder anderen Investmentfonds, wenn Sie die Geschäfte des Fonds beeinflussen, lenken oder kontrollieren). Sie sind dafür verantwortlich, sicherzustellen, dass diese anderen Personen und Einrichtungen diese Richtlinie einhalten.

### **Arten von Transaktionen, die unter diese Richtlinie fallen**

Sofern im Abschnitt „**Begrenzte** Ausnahmen“ nichts anderes festgelegt ist, gilt diese Richtlinie für *alle* Transaktionen *mit* Wertpapieren des Unternehmens oder mit Wertpapieren anderer Unternehmen, zu denen Sie im Rahmen Ihrer Tätigkeit für das Unternehmen wesentliche nicht öffentliche Informationen erhalten haben. Diese Richtlinie gilt daher für Käufe, Verkäufe, Schenkungen und sonstige Übertragungen von Stammaktien, Optionen, Optionsscheinen, Vorzugsaktien, Schuldverschreibungen (wie z. B. Schuldverschreibungen, Anleihen und Schuldtitel) und sonstigen Wertpapieren. Diese Richtlinie gilt auch für alle Vereinbarungen, die ein wirtschaftliches Risiko im Zusammenhang mit Kursänderungen dieser Wertpapiere begründen. Zu diesen Vereinbarungen können unter anderem Transaktionen mit derivativen Wertpapieren (wie börsengehandelte Put- oder Call-Optionen), Absicherungsgeschäfte, Leerverkäufe und bestimmte Entscheidungen hinsichtlich der Teilnahme an Vorsorgeplänen gehören. Diese Richtlinie gilt auch für alle Angebote im Zusammenhang mit den oben genannten Transaktionen. Bitte beachten Sie, dass es keine Ausnahmen von den Insiderhandelsgesetzen oder dieser Richtlinie aufgrund des Umfangs der Transaktion gibt.

### **Die unbefugte Weitergabe wesentlicher nicht öffentlicher Informationen anderer Unternehmen ist ebenfalls untersagt**

Diese Richtlinie verbietet die unbefugte Weitergabe oder sonstigen Missbrauch nicht öffentlicher Informationen anderer Unternehmen, wie beispielsweise der Vertriebspartner, Anbieter, Kunden, Kooperationspartner, Lieferanten und Wettbewerber des Unternehmens. Diese Richtlinie verbietet zudem Insiderhandel und die Weitergabe von Insiderinformationen auf der Grundlage wesentlicher, nicht öffentlicher Informationen anderer Unternehmen.

### **Diese Richtlinie kann auch nach Ihrem Ausscheiden aus dem Unternehmen für Sie weiterhin gelten**

Von Ihnen wird erwartet, dass Sie diese Richtlinie so lange einhalten, bis Sie nicht mehr mit dem Unternehmen verbunden sind *und* keine wesentlichen nicht öffentlichen Informationen mehr besitzen, die dieser Richtlinie unterliegen. Wenn Sie zum Zeitpunkt der Beendigung Ihrer Verbindung zum Unternehmen einem Handelsverbot gemäß dieser Richtlinie unterliegen

mit dem Unternehmen verbunden sind, wird von Ihnen erwartet, dass Sie die geltenden Handelsbeschränkungen mindestens sechs Monate nach Beendigung Ihrer Verbindung zum Unternehmen einhalten.

## **Es gibt keine Ausnahmen aufgrund persönlicher Umstände**

Es kann Fälle geben, in denen Ihnen aufgrund der durch diese Richtlinie auferlegten Beschränkungen ein finanzieller Schaden oder eine sonstige Härte entsteht oder Sie anderweitig gezwungen sind, auf eine geplante Transaktion zu verzichten. Eine persönliche finanzielle Notlage oder andere persönliche Umstände stellen nach Wertpapierrecht keine mildernden Umstände dar und entschuldigen keine Nichteinhaltung dieser Richtlinie.

## WESENTLICHE, NICHT ÖFFENTLICH BEKANNTGEBENE INFORMATIONEN ZUM UNTERNEHMEN ()

### „Wesentliche“ Informationen sind weit gefasst definiert

Informationen sind als wesentlich anzusehen, wenn eine erhebliche Wahrscheinlichkeit besteht, dass ein vernünftiger Anleger sie bei der Entscheidung über den Kauf, das Halten oder den Verkauf von Wertpapieren als wichtig erachten würde oder dass er die Informationen als eine erhebliche Veränderung der Gesamtheit der auf dem Markt verfügbaren Informationen über den Emittenten des Wertpapiers ansehen würde. Im Allgemeinen sind alle Informationen, von denen vernünftigerweise erwartet werden kann, dass sie den Marktpreis eines Wertpapiers beeinflussen, wahrscheinlich wesentlich. Sowohl positive als auch negative Informationen können wesentlich sein.

Es ist nicht möglich, alle Kategorien „wesentlicher“ Informationen abzugrenzen. Zu den Informationen, die häufig als wesentlich angesehen werden, gehören jedoch unter anderem:

- Finanzergebnisse, Finanzlage, Vorabankündigungen von Gewinnen, Leitlinien, Prognosen oder Vorhersagen, insbesondere wenn diese nicht den Erwartungen der Anleger entsprechen;
- Korrekturen von Finanzergebnissen oder wesentliche Wertminderungen, Abschreibungen oder Umstrukturierungen;
- Wechsel des unabhängigen Wirtschaftsprüfers oder die Mitteilung, dass sich das Unternehmen nicht mehr auf einen Prüfungsbericht stützen kann;
- Geschäftspläne oder Budgets;
- die Entstehung wesentlicher finanzieller Verpflichtungen oder jeder wesentliche Ausfall bei oder die vorzeitige Fälligkeit einer finanziellen Verpflichtung;
- Drohende Insolvenz oder Liquiditätsprobleme;
- Wesentliche Entwicklungen im Zusammenhang mit Geschäftsbeziehungen, einschließlich des Abschlusses, der Änderung oder der Kündigung wesentlicher Vereinbarungen oder Aufträge mit Kunden, Lieferanten, Händlern, Herstellern oder anderen Geschäftspartnern;
- Wesentliche Cybersicherheitsvorfälle oder andere wesentliche Störungen des Geschäftsbetriebs, des Rufs oder der Vermögenswerte des Unternehmens;
- Produkteinführungen, -änderungen, -mängel oder -rückrufe, wesentliche Preisänderungen oder andere Produktankündigungen von wesentlicher Bedeutung;
- Wesentliche Entwicklungen in den Bereichen Forschung und Entwicklung oder im Zusammenhang mit geistigem Eigentum;
- Wesentliche rechtliche oder regulatorische Entwicklungen, unabhängig davon, ob diese tatsächlich eingetreten sind oder nur angedroht wurden;
- Wesentliche Ereignisse im Zusammenhang mit den Wertpapieren des Unternehmens, einschließlich Rückruf von Wertpapieren, Verabschiedung von Aktienrückkaufprogrammen, Neubewertung von Optionen, Aktiensplits, Änderungen der Dividendenpolitik, öffentliche oder private Wertpapieremissionen, Änderungen der Rechte von Wertpapierinhabern oder Ankündigung einer Dekotierung;
- Wesentliche Unternehmensereignisse, wie beispielsweise eine anstehende oder geplante Fusion, ein Joint Venture oder ein Übernahmeangebot, eine wesentliche Investition, der Erwerb oder die Veräußerung eines wesentlichen Geschäftsbereichs oder Vermögenswerts oder ein Kontrollwechsel im Unternehmen; und
- Wesentliche personelle Veränderungen, wie z. B. Veränderungen in der Geschäftsleitung oder Entlassungen.

Sollten Sie Fragen dazu haben, ob Informationen als „wesentlich“ anzusehen sind, sollten Sie sich an den General Counsel oder dessen Beauftragten wenden. Im Allgemeinen ist es ratsam, in Zweifelsfällen hinsichtlich der Wesentlichkeit von Informationen davon auszugehen, dass die Informationen wesentlich sind.

## **„Nicht öffentliche“ Informationen sind ebenfalls weit gefasst definiert**

Informationen gelten als nicht öffentlich, wenn sie nicht über einen ausreichenden Zeitraum der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden, um sich im Kurs des Wertpapiers widerzuspiegeln. Als allgemeine Regel gilt, dass Informationen so lange als nicht öffentlich anzusehen sind, bis mindestens zwei (2) **volle Handelstage** vergangen sind, nachdem die Informationen in einer Pressemitteilung, einer öffentlichen Einreichung bei der SEC, einem vorab angekündigten öffentlichen Webcast oder einer anderen breiten, nicht ausschließenden Form der öffentlichen Kommunikation der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden. Je nach Form der Bekanntgabe und Art der Informationen ist es jedoch möglich, dass diese erst zu einem späteren Zeitpunkt vollständig vom Markt verarbeitet werden. Fragen dazu, ob Informationen als nicht öffentlich gelten, sind an den General Counsel oder dessen Beauftragten zu richten.

Der Begriff „Handelstag“ bezeichnet einen Tag, an dem die nationalen Wertpapierbörsen für den Handel geöffnet sind. Ein „vollständiger“ Handelstag ist vergangen, wenn nach der öffentlichen Bekanntgabe der Handel mit dem betreffenden Wertpapier eröffnet und anschließend geschlossen wurde.

## RICHTLINIEN ZU WESENTLICHEN NICHT ÖFFENTLICHEN INFORMATIONEN ZU „

### **Sie sind verpflichtet, nicht öffentliche Informationen vertraulich zu behandeln**

Die unbefugte Nutzung oder Weitergabe nicht öffentlicher Informationen über das Unternehmen oder andere Unternehmen ist untersagt. Alle nicht öffentlichen Informationen, die Sie im Rahmen Ihrer Tätigkeit für das Unternehmen erhalten, dürfen ausschließlich für legitime geschäftliche Zwecke des Unternehmens verwendet werden. Darüber hinaus sind nicht öffentliche Informationen Dritter gemäß den Bestimmungen der jeweiligen Geheimhaltungsvereinbarungen zu behandeln, und die Nutzung solcher nicht öffentlichen Informationen ist auf den Zweck zu beschränken, für den sie offengelegt wurden.

Sie müssen alle zumutbaren Anstrengungen unternehmen, um nicht öffentliche Informationen, die sich im Besitz des Unternehmens befinden, zu schützen. Sie dürfen keine nicht öffentlichen Informationen über das Unternehmen oder ein anderes Unternehmen offenlegen, es sei denn, dies ist gesetzlich vorgeschrieben oder (i) die Offenlegung ist für legitime geschäftliche Zwecke des Unternehmens erforderlich, (ii) Sie sind zur Offenlegung der Informationen berechtigt und (iii) es wurden geeignete Maßnahmen ergriffen, um einen Missbrauch dieser Informationen zu verhindern (einschließlich des Abschlusses einer entsprechenden Geheimhaltungsvereinbarung, die die Offenlegung und Nutzung der Informationen einschränkt, sofern zutreffend). Diese Einschränkung gilt auch für die interne Kommunikation innerhalb des Unternehmens sowie für die Kommunikation mit Beauftragten des Unternehmens. In Fällen, in denen die Weitergabe nicht öffentlicher Informationen an Dritte erforderlich ist, sollten Sie sich mit dem General Counsel abstimmen.

Alle Führungskräfte, Mitarbeiter und Beauftragten des Unternehmens sind verpflichtet, die zum Zeitpunkt der Unterzeichnung für den jeweiligen Mitarbeiter oder Berater geltende Vertraulichkeitsvereinbarung des Unternehmens sowie alle Aktualisierungen oder Ergänzungen dazu zu unterzeichnen und einzuhalten.

### **Sie dürfen nicht auf der Grundlage wesentlicher nicht öffentlicher Informationen handeln**

Sofern in dem Abschnitt „**Begrenzte Ausnahmen**“ nichts anderes geregelt ist, dürfen Sie weder direkt noch indirekt über Dritte Transaktionen mit Wertpapieren des Unternehmens tätigen, *während Sie über* wesentliche nicht öffentliche Informationen in Bezug auf das Unternehmen *verfügen*. Es gilt nicht als Rechtfertigung, dass Sie die Informationen bei Ihrer Transaktion nicht „genutzt“ haben.

Ebenso dürfen Sie keine Transaktionen mit Wertpapieren eines anderen Unternehmens tätigen, wenn Ihnen wesentliche nicht öffentliche Informationen bekannt sind, von denen vernünftigerweise erwartet werden kann, dass sie dieses Unternehmen oder dessen Wertpapiere beeinflussen (es sei denn, die Transaktionen entsprechen denen, die im Abschnitt „**Begrenzte Ausnahmen**“ beschrieben sind). Beispielsweise könnten Sie an einer geplanten Transaktion beteiligt sein, die eine potenzielle Geschäftsbeziehung oder Transaktion mit einem anderen Unternehmen betrifft. Wenn Informationen über diese Transaktion wesentliche nicht öffentliche Informationen für dieses andere Unternehmen darstellen, ist es Ihnen untersagt, Transaktionen mit Wertpapieren dieses anderen Unternehmens durchzuführen (ebenso wie Transaktionen mit Wertpapieren des Unternehmens, sofern diese Informationen für das Unternehmen wesentlich sind). Es ist wichtig zu beachten, dass der Begriff „Wesentlichkeit“ je nach Unternehmen unterschiedlich definiert ist. Informationen, die für das Unternehmen nicht wesentlich sind, können für ein anderes Unternehmen wesentlich sein. Bitte wenden Sie sich an den General Counsel oder dessen Beauftragten, wenn Sie Fragen dazu haben, ob es sich bei einer Angelegenheit um „wesentliche nicht öffentliche Informationen“ handelt.

### **Sie dürfen wesentliche nicht öffentliche Informationen nicht zum Vorteil Dritter weitergeben**

Sie dürfen keine wesentlichen nicht öffentlichen Informationen über das Unternehmen oder ein anderes

Unternehmen an Freunde, Familienangehörige oder sonstige Personen oder Organisationen weitergeben, die nicht zum Erhalt solcher Informationen berechtigt sind, wenn diese Personen oder Organisationen durch den Handel auf der Grundlage dieser Informationen einen Vorteil erzielen könnten. Darüber hinaus dürfen Sie auf der Grundlage wesentlicher nicht öffentlicher Informationen keine Empfehlungen aussprechen oder Meinungen zum Handel mit Wertpapieren von Unternehmen äußern, auf die sich diese Informationen beziehen. Es ist Ihnen untersagt, solche Handlungen vorzunehmen, unabhängig davon, ob Sie dadurch einen Gewinn oder persönlichen Vorteil erzielen oder nicht.

## **Sie müssen wesentliche nicht öffentliche Informationen dem Unternehmen offenlegen**

Sie dürfen keine Transaktionen tätigen, einschließlich der im Abschnitt „**Begrenzte Ausnahmen**“ beschriebenen, es sei denn, Sie haben alle wesentlichen nicht öffentlichen Informationen, von denen Sie im Rahmen Ihrer Tätigkeit für das Unternehmen Kenntnis erlangen und die der Geschäftsleitung nicht bekannt sind, dem General Counsel offengelegt. Wenn Sie Mitglied der Geschäftsleitung sind, müssen die Informationen dem Vorstandsvorsitzenden offengelegt werden, und wenn Sie der Vorstandsvorsitzende oder ein Vorstandsmitglied sind, müssen Sie die Informationen dem Vorstand offenlegen, bevor eine Transaktion zulässig ist.

## **Beantwortung von Informationsanfragen von Außenstehenden**

Sollten Sie eine Anfrage nach Informationen von einer Person außerhalb des Unternehmens, beispielsweise einem Aktienanalysten, erhalten, sollten Sie die Anfrage an den Finanzvorstand oder den Vorstandsvorsitzenden weiterleiten. Das Unternehmen ist gemäß der Regulation FD (Fair Disclosure) der US-amerikanischen Bundeswertpapiergesetze verpflichtet, die selektive Offenlegung wesentlicher nicht öffentlicher Informationen zu vermeiden. Im Allgemeinen sieht die Verordnung vor, dass ein börsennotiertes Unternehmen bei der Offenlegung wesentlicher, nicht öffentlicher Informationen einen breiten, niemanden ausschließenden Zugang zu diesen Informationen gewähren muss. Verstöße gegen diese Verordnung können zu Durchsetzungsmaßnahmen der SEC gegen das Unternehmen führen, die Unterlassungsverfügungen und hohe Geldstrafen zur Folge haben können. Das Unternehmen hat Verfahren für die Veröffentlichung wesentlicher Informationen festgelegt, die darauf ausgelegt sind, eine breite öffentliche Verbreitung der Informationen unmittelbar nach ihrer Veröffentlichung in Übereinstimmung mit geltendem Recht zu gewährleisten. Weitere Informationen finden Sie in der Richtlinie des Unternehmens zu Offenlegungskontrollen und -verfahren.

## HANDELSSPERR -ZEITRÄUME

Um die Wahrscheinlichkeit von Handelsaktivitäten in Zeiten zu begrenzen, in denen ein erhebliches Risiko für Insiderhandel besteht, hat das Unternehmen vierteljährliche Handelssperrfristen eingeführt und kann von Zeit zu Zeit besondere Handelssperrfristen festlegen. Darüber hinaus kann das Unternehmen zur Einhaltung geltender gesetzlicher Anforderungen auch Handelssperrfristen festlegen, die es Vorstandsmitgliedern und Führungskräften untersagen, mit Wertpapieren des Unternehmens zu handeln, wenn Mitarbeitern der Handel mit Wertpapieren des Unternehmens im Rahmen des 401(k)-Plans des Unternehmens untersagt ist.

Es ist wichtig zu beachten, dass Sie – unabhängig davon, ob Sie den Handelssperrfristen unterliegen oder nicht – weiterhin den Verboten des Handels auf der Grundlage wesentlicher nicht öffentlicher Informationen sowie allen anderen in dieser Richtlinie geltenden Beschränkungen unterliegen.

### Vierteljährliche Handelssperrfristen

Sofern in dem Abschnitt „**Begrenzte Ausnahmen**“ nichts anderes festgelegt ist, müssen Vorstandsmitglieder, Führungskräfte und andere vom Unternehmen benannte Mitarbeiter und Beauftragte während vierteljährlicher Handelssperrfristen von Transaktionen mit Wertpapieren des Unternehmens Abstand nehmen. Sie werden vierteljährlich von der Finanzabteilung oder dem General Counsel benachrichtigt, falls Sie solche Transaktionen unterlassen müssen. Selbst wenn Sie nicht ausdrücklich als Personen benannt wurden, die den vierteljährlichen Sperrfristen unterliegen, sollten Sie bei Transaktionen während vierteljährlicher Sperrfristen Vorsicht walten lassen, da das Risiko eines Insiderhandels erhöht ist.

Die vierteljährlichen Handelssperrfristen beginnen am Ende des zehnten Geschäftstages vor dem Ende jedes Geschäftsquartals und enden zu Beginn des dritten vollen Handelstages nach dem Datum der öffentlichen Bekanntgabe der Finanzergebnisse für dieses Geschäftsquartal. Dieser Zeitraum ist aus Sicht der Einhaltung der geltenden Wertpapiergesetze eine besonders heikle Zeit für Transaktionen mit Wertpapieren des Unternehmens, da Personen während dieses Zeitraums häufig über wesentliche nicht öffentliche Informationen verfügen oder Zugang zu solchen haben, die für die erwarteten Finanzergebnisse des Quartals relevant sind.

Personen, die den vierteljährlichen Blackout-Fristen unterliegen und die Benachrichtigungen über solche vierteljährlichen Blackout-Fristen erhalten, werden in einer Liste erfasst, die von den Büros des General Counsel und des Chief Financial Officer geführt wird. Von Zeit zu Zeit kann das Unternehmen weitere Personen identifizieren, die den vierteljährlichen Blackout-Fristen unterliegen sollten, und das Büro des General Counsel oder des Chief Financial Officer aktualisiert und überarbeitet diese Liste der Personen, die den vierteljährlichen Blackout-Fristen unterliegen, in der Regel einmal alle sechs Monate.

### Sonder-Handelssperrfristen

Von Zeit zu Zeit kann das Unternehmen außerdem Vorstandsmitgliedern, Führungskräften, Mitarbeitern und Beauftragten den Handel mit Wertpapieren des Unternehmens untersagen, wenn nach Einschätzung des General Counsel eine Handelssperre gerechtfertigt ist. Das Unternehmen verhängt in der Regel besondere Handelssperrfristen, wenn dem Unternehmen wesentliche Entwicklungen bekannt sind, die der Öffentlichkeit noch nicht offengelegt wurden. Beispielsweise kann das Unternehmen eine besondere Handelssperre verhängen, wenn die Bekanntgabe einer Zwischenprognose für das Geschäftsergebnis oder einer bedeutenden Transaktion oder Geschäftsentwicklung bevorsteht. Besondere Handelssperrfristen können jedoch aus jedem beliebigen Grund verhängt werden. Im Falle eines wesentlichen Cybersicherheitsvorfalls im Sinne der Definition des Unternehmens wird eine besondere Handelssperre für den Zeitraum zwischen der Feststellung des Cybersicherheitsvorfalls durch das Unternehmen und dem Datum der

der öffentlichen Bekanntgabe verhängt.

Das Unternehmen wird diejenigen Personen benachrichtigen, die einer besonderen Handelssperrfrist unterliegen. Jede Person, die vom Unternehmen als betroffen identifiziert und benachrichtigt wurde, darf keine Transaktionen mit Wertpapieren des Unternehmens tätigen, bis sie vom General Counsel anderweitig angewiesen wird, und sollte die Tatsache einer solchen Handelssperre nicht an Dritte weitergeben.

## **Vorstandsmitglieder und Führungskräfte unterliegen zudem den Handelssperren gemäß der Verordnung BTR**

Vorstandsmitglieder und Führungskräfte können zudem gemäß der „Regulation Blackout Trading Restriction“ („**Regulation** BTR“) im Rahmen der US-amerikanischen Bundeswertpapiergesetze Handelssperren unterliegen. Im Allgemeinen verbietet die Regulation BTR jedem Vorstandsmitglied oder jeder Führungskraft, bestimmte Transaktionen mit Wertpapieren des Unternehmens während Zeiträumen durchzuführen, in denen Teilnehmer an 401(k)-Plänen daran gehindert sind, Anteile an bestimmten Wertpapieren, die in individuellen Kontoplänen gehalten werden, zu kaufen, zu verkaufen oder auf andere Weise zu erwerben oder zu übertragen. Alle Gewinne aus einer Transaktion, die gegen die „Regulation BTR“ verstößt, können vom Unternehmen zurückgefordert werden, unabhängig von den Absichten des Verwaltungsratsmitglieds oder leitenden Angestellten, das bzw. der die Transaktion durchgeführt hat. Darüber hinaus unterliegen Personen, die solche Transaktionen durchführen, Sanktionen durch die SEC sowie einer möglichen strafrechtlichen Haftung. Das Unternehmen hat seinen Verwaltungsratsmitgliedern und leitenden Angestellten separate Merkblätter und andere geeignete Unterlagen zur Einhaltung der „Regulation BTR“ zur Verfügung gestellt oder wird dies tun.

Das Unternehmen wird die Vorstandsmitglieder und leitenden Angestellten benachrichtigen, wenn sie einer Handelssperre gemäß der Verordnung BTR unterliegen. Die Nichteinhaltung einer geltenden Handelssperre gemäß der Verordnung BTR stellt einen Verstoß gegen das Gesetz und diese Richtlinie dar.

## **Es gibt keine „Safe Harbors“**

Es gibt keine bedingungslosen „Safe Harbors“ für zu bestimmten Zeitpunkten getätigte Geschäfte, und alle Personen, die dieser Richtlinie unterliegen, sollten stets ihr gesundes Urteilsvermögen walten lassen. Selbst wenn keine vierteljährliche Handelssperre in Kraft ist, kann es Ihnen untersagt sein, Transaktionen mit Wertpapieren des Unternehmens durchzuführen, weil Sie über wesentliche nicht öffentliche Informationen verfügen, einer besonderen Handelssperre unterliegen oder anderweitig durch diese Richtlinie eingeschränkt sind.

## VORABGENEHMIGUNG VON „- TRANSAKTIONEN

Sofern im Abschnitt „**Begrenzte Ausnahmen**“ nichts anderes festgelegt ist, sollten Vorstandsmitglieder und leitende Angestellte davon Abstand nehmen, Transaktionen mit Wertpapieren des Unternehmens durchzuführen, ohne zuvor eine Vorabgenehmigung für die Transaktion vom General Counsel oder dessen Beauftragten einzuholen. Entsprechende Anträge auf Vorabgenehmigung sind per E-Mail direkt an [cleartrade@artivion.com](mailto:cleartrade@artivion.com) oder an den General Counsel zu richten. Darüber hinaus hat das Unternehmen festgelegt, dass bestimmte andere Mitarbeiter und Beauftragte des Unternehmens, die regelmäßig oder in besonderen Fällen Zugang zu wesentlichen nicht öffentlichen Informationen haben, davon Abstand nehmen sollten, Transaktionen mit Wertpapieren des Unternehmens durchzuführen, ohne zuvor eine Vorabgenehmigung für die Transaktion durch eine E-Mail direkt an [cleartrade@artivion.com](mailto:cleartrade@artivion.com) einzuholen. Der General Counsel oder sein Beauftragter darf keine Transaktionen mit Wertpapieren des Unternehmens durchführen, es sei denn, der Finanzvorstand oder der Vorstandsvorsitzende hat die Transaktion vorab genehmigt.

Personen, die den Vorabgenehmigungsanforderungen unterliegen, wurden von den Abteilungen des General Counsel oder des Finanzvorstands ermittelt und über ihre Vorabgenehmigungspflichten informiert. Von Zeit zu Zeit kann das Unternehmen weitere Personen identifizieren, die den oben genannten Vorabgenehmigungsanforderungen unterliegen sollten, und die Abteilungen des General Counsel oder des Finanzvorstands können die Liste der Personen, die eine Vorabgenehmigung einholen müssen, von Zeit zu Zeit aktualisieren und überarbeiten.

Sofern der General Counsel keine Ausnahme gewährt, sollte der Antrag auf Vorabgenehmigung am Geschäftstag der geplanten Transaktion gestellt werden und muss am selben Geschäftstag, an dem die Vorabgenehmigung erteilt wurde, ausgeführt werden. Personen, die diesen Vorabgenehmigungsverfahren unterliegen, sollten zudem die Rechtsabteilung benachrichtigen, sobald die vorab genehmigte Transaktion abgeschlossen ist.

Diese Vorabgenehmigungsverfahren sollen die Risiken des Insiderhandels verringern, die mit Transaktionen von Personen verbunden sind, die regelmäßigen oder besonderen Zugang zu wesentlichen nicht öffentlichen Informationen haben. Darüber hinaus erleichtert die Verpflichtung zur Vorabgenehmigung von Transaktionen durch Vorstandsmitglieder und Führungskräfte die Einhaltung der Weiterverkaufsbeschränkungen gemäß Rule 144 des Securities Act von 1933, der Haftungs- und Meldebestimmungen gemäß Section 16 des Securities Exchange Act von 1934 (der „**Exchange Act**“) sowie der Regulation BTR. Die Vorabgenehmigung eines Geschäfts stellt jedoch keine Verteidigung gegen einen Vorwurf des Insiderhandels dar und entbindet Sie nicht von der sonstigen Einhaltung der Insiderhandelsgesetze oder dieser Richtlinie.

Der General Counsel oder sein Beauftragter ist nicht verpflichtet, eine zur Vorabgenehmigung vorgelegte Transaktion zu genehmigen, und kann nach eigenem Ermessen entscheiden, die Transaktion nicht zuzulassen.

## ZUSÄTZLICHE BESCHRÄNKUNGEN UND LEITLINIEN ZUM „

Dieser Abschnitt befasst sich mit bestimmten Arten von Transaktionen, die Sie und das Unternehmen erheblichen Risiken aussetzen können. Sie sollten sich darüber im Klaren sein, dass Sie – auch wenn eine Transaktion durch diesen Abschnitt nicht ausdrücklich verboten ist – dafür verantwortlich sind, sicherzustellen, dass die Transaktion im Übrigen den anderen Bestimmungen dieser Richtlinie entspricht, die für die Transaktion gelten können, wie beispielsweise dem allgemeinen Verbot des Insiderhandels sowie den Vorabgenehmigungsverfahren und Sperrfristen, soweit diese anwendbar sind.

### **Sie dürfen keine Leerverkäufe tätigen**

Leerverkäufe (*d. h.* der Verkauf eines Wertpapiers, das zur Lieferung ausgeliehen werden muss) und „Selling Short Against the Box“ (*d. h.* ein Verkauf mit verzögerter Lieferung) in Bezug auf Wertpapiere des Unternehmens sind gemäß dieser Richtlinie verboten. Leerverkäufe können dem Markt mögliche schlechte Nachrichten über das Unternehmen oder ein allgemeines mangelndes Vertrauen in die Zukunftsaussichten des Unternehmens signalisieren sowie die Erwartung, dass der Wert der Wertpapiere des Unternehmens sinken wird. Darüber hinaus stellen Leerverkäufe faktisch eine Wette gegen den Erfolg des Unternehmens dar und können den Anreiz des Verkäufers mindern, die Leistung des Unternehmens zu verbessern. Leerverkäufe können zudem den Verdacht aufkommen lassen, dass der Verkäufer Insiderhandel betreibt.

### **Sie dürfen keine Derivatgeschäfte und Absicherungsgeschäfte tätigen**

Es ist Ihnen untersagt, Transaktionen mit öffentlich gehandelten Optionen, wie Put- und Call-Optionen, sowie anderen derivativen Wertpapieren in Bezug auf die Wertpapiere des Unternehmens durchzuführen. Dieses Verbot erstreckt sich auf alle Absicherungs- oder ähnlichen Transaktionen, die darauf abzielen, die mit dem Halten von Wertpapieren des Unternehmens verbundenen Risiken zu verringern, einschließlich, aber nicht beschränkt auf Prepaid-Variable-Verträge, Aktienswaps, Collars und Börsenfonds. Der Besitz von und der Handel mit Aktienoptionen, Wertsteigerungsrechten und anderen Wertpapieren, die im Rahmen von Vorsorgeplänen des Unternehmens oder anderer Vergütungsvereinbarungen mit dem Unternehmen ausgegeben wurden, unterliegen diesem Verbot nicht, vorausgesetzt, dass Sie keine Absicherungsgeschäfte in Bezug auf von Ihnen gehaltene Aktien oder Optionen des Unternehmens tätigen.

Transaktionen mit derivativen Wertpapieren können ein kurzfristiges und spekulatives Interesse an den Wertpapieren des Unternehmens widerspiegeln und den Anschein von Unangemessenheit erwecken, selbst wenn eine Transaktion keinen Handel auf der Grundlage von Insiderinformationen beinhaltet. Der Handel mit Derivaten kann zudem die Aufmerksamkeit auf die kurzfristige Wertentwicklung lenken, was auf Kosten der langfristigen Ziele des Unternehmens geht. Darüber hinaus kann die Anwendung der Wertpapiergesetze auf Derivatgeschäfte komplex sein, und Personen, die Derivatgeschäfte tätigen, setzen sich möglicherweise einem erhöhten Risiko aus, gegen Wertpapiergesetze zu verstoßen.

### **Bestimmte Personen dürfen Wertpapiere des Unternehmens nicht als Sicherheit für Kredite verpfänden**

Wenn Sie verpflichtet sind, Abschnitt 16 des Börsengesetzes oder die Sperrfristen bzw. Vorabgenehmigungsanforderungen gemäß dieser Richtlinie einzuhalten, dürfen Sie Wertpapiere des Unternehmens nicht als Sicherheit für Kredite verpfänden. Wenn Sie mit der Rückzahlung des Kredits in Verzug geraten, kann der Kreditgeber die verpfändeten Wertpapiere im Rahmen einer Zwangsversteigerung veräußern. Der Verkauf gilt – auch wenn er nicht auf Ihren Wunsch hin veranlasst wurde – dennoch als Verkauf zu Ihren Gunsten und kann, falls er zu einem Zeitpunkt erfolgt, zu dem Ihnen wesentliche nicht öffentliche Informationen bekannt sind oder Sie anderweitig nicht zum Handel mit Wertpapieren des Unternehmens berechtigt sind, zu unbeabsichtigten Verstößen gegen die Insiderhandelsvorschriften, gegen Abschnitt 16 und die Verordnung BTR (für Führungskräfte und Vorstandsmitglieder), gegen diese Richtlinie sowie zu negativer Öffentlichkeitswirkung für Sie und das Unternehmen führen. Aus denselben Gründen sollten Sie, selbst wenn es Ihnen nicht untersagt ist, Wertpapiere des Unternehmens als Sicherheit für Kredite zu verpfänden, bei der Durchführung dieser Transaktion Vorsicht walten lassen.

## **Bestimmte Personen dürfen Wertpapiere des Unternehmens nicht in Margin-Konten halten**

Wenn Sie verpflichtet sind, Abschnitt 16 des Börsengesetzes oder die Sperrfristen bzw. Vorabgenehmigungsanforderungen gemäß dieser Richtlinie einzuhalten, dürfen Sie keine Wertpapiere des Unternehmens in Margin-Konten halten. Im Rahmen üblicher Margin-Vereinbarungen ist der Broker möglicherweise berechtigt, die im Margin-Konto gehaltenen Wertpapiere ohne Ihre Zustimmung zu verkaufen, falls Sie einem Margin-Call nicht nachkommen. Der Verkauf gilt, auch wenn er nicht auf Ihren Wunsch hin erfolgt ist, dennoch als Verkauf zu Ihren Gunsten und kann – sofern er zu einem Zeitpunkt erfolgt, zu dem Ihnen wesentliche nicht öffentliche Informationen bekannt sind oder Ihnen der Handel anderweitig untersagt ist – zu unbeabsichtigten Verstößen gegen die Insiderhandelsvorschriften, gegen § 16 und die Verordnung BTR (für Führungskräfte und Vorstandsmitglieder), gegen diese Richtlinie sowie zu negativer Öffentlichkeitswirkung für Sie und das Unternehmen führen. Aus denselben Gründen sollten Sie, selbst wenn es Ihnen nicht untersagt ist, Wertpapiere des Unternehmens in Margin-Konten zu halten, dabei Vorsicht walten lassen.

## **Sie müssen bei der Erteilung offener Aufträge an Makler Vorsicht walten lassen**

Sofern dies nicht im Einklang mit einem genehmigten Handelsplan (wie nachstehend erläutert) geschieht, sollten Sie Vorsicht walten lassen, wenn Sie offene Aufträge, wie z. B. Limit- oder Stop-Aufträge, bei Brokern erteilen, insbesondere wenn der Auftrag voraussichtlich über einen längeren Zeitraum offen bleibt. Offene Aufträge können zur Ausführung eines Handelsgeschäfts zu einem Zeitpunkt führen, zu dem Ihnen wesentliche nicht öffentliche Informationen bekannt sind oder Sie anderweitig nicht zum Handel mit Wertpapieren des Unternehmens berechtigt sind, was zu unbeabsichtigten Verstößen gegen die Insiderhandelsvorschriften, gegen Abschnitt 16 und gegen die Reg. BTR (für Führungskräfte und Vorstandsmitglieder) dieser Richtlinie sowie zu negativer Publicity für Sie und das Unternehmen führen kann. Wenn für Sie Sperrfristen oder Vorabgenehmigungsanforderungen gelten, sollten Sie jeden Makler, bei dem Sie eine offene Order erteilen, zum Zeitpunkt der Erteilung darüber informieren.

## **Sie dürfen nicht kurzfristig mit Wertpapieren des Unternehmens handeln**

Alle vom Unternehmen erworbenen Aktien, die von Führungskräften oder Vorstandsmitgliedern auf dem freien Markt gekauft wurden, müssen mindestens sechs (6) Monate lang gehalten werden. Der kurzfristige Kauf und Verkauf von Wertpapieren des Unternehmens kann als kurzfristiges und spekulatives Interesse an den Wertpapieren des Unternehmens angesehen werden und den Anschein von Unangemessenheit erwecken, selbst wenn eine Transaktion keinen Handel auf der Grundlage von Insiderinformationen beinhaltet. Die Auswirkungen dieser Geschäfte können zudem die Aufmerksamkeit auf die kurzfristige Wertentwicklung lenken, was den langfristigen Zielen des Unternehmens abträglich ist. Führungskräften und Vorstandsmitgliedern ist es zudem gemäß Abschnitt 16 des Börsengesetzes untersagt, solche Transaktionen durchzuführen.

Vorbehaltlich der Bedingungen der jeweiligen Zuteilungen müssen Aktien, die vom Unternehmen als vergütungsbezogene Aktienprämie erhalten und bei der SEC auf einem Formular S-8 registriert wurden, nicht sechs

(6) Monate gehalten werden und können jederzeit verkauft werden, sofern Sie nicht über wesentliche nicht öffentliche Informationen verfügen.

## **Für Geschenke und Spenden können Handelsbeschränkungen gelten**

Die Handelsbeschränkungen gemäß dieser Richtlinie gelten für Geschenke und Spenden, die Wertpapiere des Unternehmens betreffen. Empfänger von Geschenken und Spenden verkaufen Wertpapiere oft unmittelbar nach Erhalt, was vom Spender als „Hinweis“ angesehen werden kann. Ebenso kann der Wert der Wertpapiere zum Zeitpunkt der Schenkung oder Spende den Steuerabzug oder andere Vorteile für den Spender beeinflussen.

## BEGRENZTE AUSNAHMEN ZUR „ “

Im Folgenden sind bestimmte begrenzte Ausnahmen von den vom Unternehmen im Rahmen dieser Richtlinie auferlegten Beschränkungen aufgeführt. Bitte beachten Sie, dass Sie selbst dann, wenn eine Transaktion unter eine Ausnahme dieser Richtlinie fällt, separat prüfen müssen, ob die Transaktion den geltenden Gesetzen entspricht. Selbst wenn eine Transaktion beispielsweise als von dieser Richtlinie ausgenommen gekennzeichnet ist, müssen Sie möglicherweise die „Short-Swing“-Handelsbeschränkungen gemäß Abschnitt 16 des Börsengesetzes (Exchange Act) einhalten, soweit diese anwendbar sind. Sie sind dafür verantwortlich, die geltenden Gesetze jederzeit einzuhalten.

### **Transaktionen gemäß einem Handelsplan, der den SEC-Vorschriften entspricht**

Die SEC hat Vorschriften erlassen, die eine positive Verteidigung gegen mutmaßliche Verstöße gegen US-Bundesgesetze zum Insiderhandel für Transaktionen gemäß einem schriftlichen Vertrag, einer Anweisung oder eines Plans, der bestimmte in der Regel 10b5-1 des Börsengesetzes festgelegte Anforderungen erfüllt (ein „Rule 10b5-1-Plan“). Neben anderen Anforderungen muss ein Plan gemäß Regel 10b5-1 (i) den Betrag, den Preis, das Datum der Transaktion, die Laufzeit der Handelsvereinbarung und die Gesamtzahl der im Rahmen der Handelsvereinbarung zu verkaufenden oder zu erwerbenden Wertpapiere angeben, (ii) eine objektive Methode zur Festlegung des Betrags, des Preises und des Datums der Transaktion festlegen und/oder (iii) jegliche spätere Ermessensentscheidung zur Festlegung des Betrags, des Preises und des Datums der Transaktion einer anderen Person übertragen, die zum Zeitpunkt der Transaktion keine Kenntnis von wesentlichen nicht öffentlichen Informationen hat.

Regel-10b5-1-Pläne müssen verabschiedet werden, wenn das Handelsfenster offen ist und Ihnen keine wesentlichen nicht öffentlichen Informationen bekannt sind. Darüber hinaus müssen Sie in Bezug auf einen Regel-10b5-1-Plan in gutem Glauben handeln und dürfen diesen nicht als Mittel zur Umgehung des Verbots des Insiderhandels nutzen. Obwohl Änderungen an einem bestehenden Plan nach Regel 10b5-1 nicht verboten sind, sollte ein Plan nach Regel 10b5-1 daher mit der Absicht verabschiedet werden, dass er vor seinem Ablauf weder geändert noch beendet wird. Eine Änderung eines bestehenden Plans kann als Kündigung angesehen werden. Führungskräfte und Vorstandsmitglieder müssen zum Zeitpunkt der Verabschiedung oder Änderung des Rule-10b5-1-Plans eine Erklärung abgeben, dass (i) der Person keine wesentlichen nicht öffentlichen Informationen über das Unternehmen bekannt sind und (ii) die Person den Plan in gutem Glauben verabschiedet und nicht als Teil eines Plans oder Vorhabens, um die Verbote der Rule 10b-5 zu umgehen.

Pläne gemäß Regel 10b5-1 müssen vorsehen, dass bis zum Ablauf der in Regel 10b5-1(c)(ii)(B) festgelegten Wartefrist keine Handelsgeschäfte getätigt werden dürfen. Die angemessene Wartefrist hängt vom Status der betroffenen Person ab. Für Vorstandsmitglieder und Führungskräfte endet die Karenzfrist zum späteren der folgenden Zeitpunkte: (i) neunzig (90) Tage nach der Verabschiedung oder Änderung des Handelsplans; oder (ii) zwei (2) Geschäftstage nach der Veröffentlichung der Finanzergebnisse des Unternehmens in einem Formular 10-Q oder Formular 10-K für das Quartal, in dem der Handelsplan verabschiedet oder geändert wurde (maximal 120 Tage). Für alle anderen Personen, die unter diese Richtlinie fallen, endet die Wartefrist dreißig (30) Tage nach der Verabschiedung oder Änderung des Handelsplans. Diese vorgeschriebene Wartefrist gilt für den Abschluss eines neuen Rule-10b5-1-Plans sowie für jede Überarbeitung oder Änderung eines Rule-10b5-1-Plans.

Vorbehaltlich bestimmter begrenzter Ausnahmen gemäß Regel 10b5-1 dürfen Sie nicht mehr als einen Regel-10b5-1-Plan gleichzeitig abschließen. Vorbehaltlich bestimmter, in der Regel 10b5-1 festgelegter begrenzter Ausnahmen sind Sie zudem auf einen einzigen „Single-Trade“-Plan gemäß Regel 10b5-1 innerhalb eines Zeitraums von 12 Monaten beschränkt (d. h. einen Plan gemäß Regel 10b5-1, der darauf ausgelegt ist, den gesamten Betrag der dem Plan gemäß Regel 10b5-1 unterliegenden Wertpapiere in einer einzigen Transaktion am offenen Markt zu kaufen oder zu verkaufen).

Transaktionen, die im Rahmen eines Rule-10b5-1-Plans durchgeführt werden, der (i) die in Rule 10b5-1 festgelegten positiven

in der Regel 10b5-1 festgelegten Einrede entsprechen und (ii) vom General Counsel genehmigt wurden, unterliegen weder den in dieser Richtlinie festgelegten Beschränkungen für Handelsgeschäfte, die in Kenntnis wesentlicher nicht öffentlicher Informationen getätigt werden, noch den in dieser Richtlinie festgelegten Vorabgenehmigungsverfahren oder Sperrfristen. Bei der Genehmigung eines Rule-10b5-1-Plans kann der General Counsel zur Förderung der in dieser Richtlinie dargelegten Ziele zusätzliche Kriterien festlegen, die über die in Rule 10b5-1 festgelegten hinausgehen. Sie sollten sich daher vor dem Abschluss eines Rule-10b5-1-Plans mit dem General Counsel beraten.

Die SEC-Vorschriften zu Rule-10b5-1-Plänen sind komplex und müssen vollständig eingehalten werden, um wirksam zu sein. Die vorstehende Beschreibung stellt lediglich eine Zusammenfassung dar, und das Unternehmen rät Ihnen nachdrücklich, Ihren Rechtsberater zu konsultieren, wenn Sie beabsichtigen, einen Rule-10b5-1-Plan einzuführen, zu ändern oder zu beenden. Zwar unterliegen Pläne gemäß Regel 10b5-1 der Prüfung und Genehmigung durch das Unternehmen, doch ist die Person, die den Handelsplan einführt, ändert oder kündigt, letztendlich dafür verantwortlich, die Einhaltung der Regel 10b5-1 sicherzustellen und zu gewährleisten, dass der Handelsplan mit dieser Richtlinie im Einklang steht.

Pläne gemäß Rule 10b5-1 müssen beim General Counsel eingereicht werden und müssen von einer unterzeichneten Bescheinigung begleitet sein, aus der hervorgeht, dass der Plan gemäß Rule 10b5-1 den gesetzlichen Anforderungen und allen anderen vom Unternehmen festgelegten Kriterien entspricht. Das Unternehmen sowie die Führungskräfte und Vorstandsmitglieder des Unternehmens müssen in den bei der SEC eingereichten Unterlagen bestimmte Angaben zu Plänen gemäß Regel 10b5-1 machen. Führungskräfte und Vorstandsmitglieder des Unternehmens müssen sich verpflichten, alle vom Unternehmen angeforderten Informationen zu Plänen gemäß Regel 10b5-1 bereitzustellen, um die erforderlichen Angaben oder sonstige Angaben zu machen, die das Unternehmen unter den gegebenen Umständen für angemessen hält. Jedes Vorstandsmitglied, jede Führungskraft und jeder sonstige Insider gemäß Abschnitt 16 ist sich darüber im Klaren, dass die Genehmigung oder Einführung eines vorab geplanten Verkaufsprogramms die Verpflichtungen dieser Person gemäß Abschnitt 16 des Börsengesetzes in keiner Weise mindert oder aufhebt, einschließlich der dort festgelegten Offenlegungspflichten und der Haftung für „Short-Swing“-Handel. Bei Fragen sollte sich die betreffende Person bei der Umsetzung eines Plans gemäß Regel 10b5-1 an ihren eigenen Rechtsbeistand wenden.

## **Die Handelsbeschränkungen gemäß dieser Richtlinie gelten im Allgemeinen nicht für den Erhalt und die Unverfallbarkeit von Aktienoptionen, gebundenen Aktien und Wertsteigerungsrechten**

Die Handelsbeschränkungen gemäß dieser Richtlinie gelten nicht für die Annahme oder den Erwerb von Aktienoptionen, gebundenen Aktien oder Wertsteigerungsrechten, die von der Gesellschaft ausgegeben oder angeboten werden. Die Handelsbeschränkungen gemäß dieser Richtlinie gelten ebenfalls nicht für die Unverfallbarkeit, die Aufhebung oder den Verfall von Aktienoptionen, gebundenen Aktien oder Wertsteigerungsrechten gemäß den geltenden Plänen und Vereinbarungen.

## **Die Handelsbeschränkungen gemäß dieser Richtlinie gelten im Allgemeinen nicht für die Ausübung von Aktienoptionen gegen Barzahlung**

Die Handelsbeschränkungen gemäß dieser Richtlinie gelten nicht für die Ausübung von Aktienoptionen gegen Barzahlung im Rahmen der Aktienoptionspläne des Unternehmens. Ebenso gelten die Handelsbeschränkungen gemäß dieser Richtlinie nicht für die Ausübung von Aktienoptionen im Rahmen eines Aktientauschs mit dem Unternehmen oder für die Entscheidung, dass das Unternehmen Wertpapiere einbehält, um Steuerverbindlichkeiten im Zusammenhang mit der Ausübung einer Option zu decken. Die Handelsbeschränkungen gemäß dieser Richtlinie gelten jedoch für (i) den Verkauf von Wertpapieren, die bei der Ausübung einer Aktienoption ausgegeben werden, (ii) die bargeldlose Ausübung einer Aktienoption über einen Broker, da dies den Verkauf eines Teils der zugrunde liegenden Aktien zur Deckung der Ausübungskosten beinhaltet, und (iii) jeden anderen Verkauf am Markt zum Zweck der Beschaffung der Barmittel, die zur Zahlung des Ausübungspreises einer Option erforderlich sind.

## **Handelsbeschränkungen gelten im Allgemeinen nicht für Käufe im Rahmen des Mitarbeiteraktienkaufplans**

Die Handelsbeschränkungen dieser Richtlinie gelten nicht für Entscheidungen hinsichtlich der Teilnahme am Mitarbeiteraktienkaufplan des Unternehmens oder für den Erwerb von Wertpapieren im Rahmen dieses Plans. Die Handelsbeschränkungen gelten jedoch für alle späteren Verkäufe solcher Wertpapiere.

## **Handelsbeschränkungen gelten nicht für bestimmte Transaktionen im Rahmen des 401(k)-Plans**

Die Handelsbeschränkungen in dieser Richtlinie gelten nicht für den Erwerb von Unternehmensaktien im Rahmen des 401(k)-Plans, der sich aus regelmäßigen Einzahlungen in den Plan auf der Grundlage Ihrer Entscheidung über den Lohnabzug ergibt. Die Handelsbeschränkungen gelten jedoch für Entscheidungen, die Sie im Rahmen des 401(k)-Plans treffen, um

(i) den Prozentsatz Ihrer Beiträge, der einem Aktienfonds des Unternehmens zugewiesen wird, zu erhöhen oder zu verringern, (ii) Guthaben in einen Aktienfonds des Unternehmens einzuzahlen oder aus diesem abzuheben, (iii) Geld gegen Ihr 401(k)-Plan-Konto aufzunehmen, wenn das Darlehen zur Auflösung eines Teils oder des gesamten Guthabens in Ihrem Unternehmensaktienfonds führt, und (iv) ein Plandarlehen vorzeitig zurückzuzahlen, wenn die vorzeitige Rückzahlung zur Zuweisung der Darlehenssumme an einen Unternehmensaktienfonds führt.

## **Handelsbeschränkungen gelten im Allgemeinen nicht für Aktiensplits, Aktiendividenden und ähnliche Transaktionen**

Die Handelsbeschränkungen gemäß dieser Richtlinie gelten nicht für eine Änderung der Anzahl der gehaltenen Wertpapiere infolge eines Aktiensplits oder einer Aktiendividende, die gleichermaßen für alle Wertpapiere einer Gattung gilt, oder für ähnliche Transaktionen.

## **Handelsbeschränkungen gelten im Allgemeinen nicht für Änderungen der Eigentumsform**

Transaktionen, die lediglich eine Änderung der Form Ihres Wertpapierbesitzes beinhalten, sind zulässig. So dürfen Sie beispielsweise Aktien auf einen Inter-vivos-Trust übertragen, dessen alleiniger Begünstigter Sie zu Lebzeiten sind.

## **Sonstige Ausnahmen**

Jede weitere Ausnahme von dieser Richtlinie muss vom General Counsel in Absprache mit dem Chief Financial Officer genehmigt werden; jedoch muss jede solche Ausnahme, die in Bezug auf eine Transaktion gewährt wird, an der der General Counsel oder der Chief Financial Officer beteiligt ist, vom Chief Executive Officer genehmigt werden.

## EINHALTUNG VON ABSCHNITT 16 DES „EXCHANGE -GESETZES“

### **Vorstandsmitglieder, Führungskräfte, Großaktionäre und bestimmte andere Personen unterliegen zusätzlichen Verpflichtungen gemäß Abschnitt 16**

Abschnitt 16 des Börsengesetzes sowie den damit verbundenen Vorschriften und Regelungen, die (i) Meldepflichten, (ii) Beschränkungen für „Short-Swing“-Transaktionen und (iii) Beschränkungen für Leerverkäufe und andere Transaktionen festlegen, die für Vorstandsmitglieder, Führungskräfte, Großaktionäre und bestimmte andere Personen gelten. Das Unternehmen hat Merkblätter und andere Unterlagen zu diesen Themen bereitgestellt oder wird diese bereitstellen.

Der General Counsel führt eine Liste der Personen, die aufgrund ihrer jeweiligen Position im Unternehmen verpflichtet sind, Abschnitt 16 des Börsengesetzes sowie die damit verbundenen Vorschriften und Regelungen einzuhalten. Der General Counsel kann diese Liste von Zeit zu Zeit entsprechend anpassen, um die Wahl neuer Führungskräfte oder Vorstandsmitglieder, etwaige Änderungen der Zuständigkeiten von Führungskräften oder anderen Mitarbeitern sowie Beförderungen, Herabstufungen, Rücktritte oder Ausscheiden zu berücksichtigen.

Diese Liste ist nicht unbedingt eine vollständige Auflistung aller Personen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt den Anforderungen von § 16 unterliegen. Selbst wenn Sie nicht auf der Liste stehen, können Sie beispielsweise aufgrund Ihrer Aktienbeteiligungen den Meldepflichten gemäß § 16 unterliegen.

### **Meldepflichten zur Erleichterung der Berichterstattung gemäß § 16**

Um die fristgerechte Meldung von Transaktionen gemäß den Anforderungen von Abschnitt 16 zu erleichtern, muss jede Person, die den Meldepflichten nach Abschnitt 16 unterliegt, dem Unternehmen detaillierte Informationen (z. B. Handelsdatum, Anzahl der Aktien, genauer Preis, usw.) über ihre Transaktionen mit Wertpapieren des Unternehmens, einschließlich Schenkungen, Übertragungen, Verpfändungen und Transaktionen im Rahmen eines Handelsplans, sowohl vor (zur Bestätigung der Einhaltung von Vorabgenehmigungsverfahren, falls zutreffend) als auch unverzüglich nach der Ausführung.

### **Es können auch weitere Anforderungen gelten**

Transaktionen mit Wertpapieren des Unternehmens durch Vorstandsmitglieder und Führungskräfte können zudem zusätzliche Meldepflichten und Beschränkungen auslösen und bei hohen Volumina als „Veräußerung“ angesehen werden, die eine Registrierung gemäß den Wertpapiergesetzen erfordert. Daher ist es besonders wichtig, die Vorabgenehmigungsverfahren dieser Richtlinie einzuhalten.

### **Persönliche Verantwortung**

Die Verpflichtung zur Einreichung von Section-16-Meldungen sowie zur sonstigen Einhaltung von Section 16 und anderer Vorschriften und Bestimmungen ist persönlich. Auch wenn das Unternehmen in bestimmten Fällen die Einreichung solcher Formulare im Namen von Vorstandsmitgliedern und Führungskräften erleichtern kann, ist das Unternehmen nicht verantwortlich für die Nichteinhaltung geltender Vorschriften und Bestimmungen durch einzelne Personen.

## WEITERE INFORMATIONEN ZUR

„“

### Aushändigung der Richtlinie

Diese Richtlinie wird allen Vorstandsmitgliedern, Führungskräften, Mitarbeitern und Beauftragten des Unternehmens bei Aufnahme ihrer Tätigkeit im Unternehmen ausgehändigt. Darüber hinaus wird diese Richtlinie (oder eine Zusammenfassung dieser Richtlinie) auf der Intranet-Website des Unternehmens veröffentlicht und regelmäßig verbreitet. Jedes Vorstandsmitglied, jede Führungskraft, jeder Mitarbeiter und jeder Beauftragte des Unternehmens ist verpflichtet, zu bestätigen, dass er oder sie diese Richtlinie verstanden hat und sich zu deren Einhaltung verpflichtet.

### Änderungen

Wir verpflichten uns, unsere Richtlinien und Verfahren kontinuierlich zu überprüfen und zu aktualisieren. Das Unternehmen behält sich daher das Recht vor, diese Richtlinie jederzeit und aus beliebigen Gründen vorbehaltlich geltender Gesetze zu ergänzen, zu ändern oder aufzuheben. Eine aktuelle Fassung der Unternehmensrichtlinien zum Insiderhandel ist beim General Counsel erhältlich.

\* \* \*

*Keine Bestimmung dieser Richtlinie zum Insiderhandel begründet oder impliziert einen Arbeitsvertrag oder eine Beschäftigungsdauer. Das Arbeitsverhältnis beim Unternehmen ist ein Arbeitsverhältnis nach freiem Willen. Ein Arbeitsverhältnis nach freiem Willen kann jederzeit mit oder ohne Grund und mit oder ohne Kündigungsfrist sowohl vom Mitarbeiter als auch vom Unternehmen gekündigt werden. Keine Bestimmung dieser Richtlinie zum Insiderhandel schränkt das Recht auf eine fristlose Kündigung ein. Kein Mitarbeiter des Unternehmens ist befugt, einen Arbeitsvertrag mit einer bestimmten Laufzeit abzuschließen oder Vereinbarungen oder Zusicherungen zu treffen, die der Richtlinie des Unternehmens zur fristlosen Kündigung widersprechen. Nur der Vorstandsvorsitzende des Unternehmens ist befugt, solche Vereinbarungen zu treffen, die schriftlich erfolgen müssen.*

*Die Bestimmungen dieser Richtlinie zum Insiderhandel stellen weder eine vollständige Auflistung der Unternehmensrichtlinien noch eine vollständige Auflistung der Verhaltensweisen dar, die zu Disziplinarmaßnahmen bis hin zur Kündigung führen können.*